

Pressespiegel = À travers la presse = Rassegna stampa

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Privatschule = L'école privée = La scuola privata**

Band (Jahr): - **(2000)**

Heft 2

PDF erstellt am: **06.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die schweizerischer Bildungslandschaft: eine Grossbaustelle

Der nachfolgende Artikel fasst die Kernaussagen des Referates von Herrn Nationalrat Dr. Johannes Randegger anlässlich der Generalversammlung des Verbandes Schweizerischer Privatschulen vom 13. Mai 2000 in Lugano zusammen.

Herr Nationalrat Dr. Johannes Randegger sieht für die Anforderungen des Arbeitsmarktes von morgen folgende Schlüsselqualifikationen:

- **Digitale Mündigkeit.** Digitale Mündigkeit heisst, dass alle Einwohnerinnen und Einwohner lernen, mit der ihnen angebotenen Informationsflut richtig und sinnvoll umzugehen. Die sinnvolle Handhabung von Informationstechnologien gehört heute zu den Grundfertigkeiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen und bildet damit gleichsam die Voraussetzung für das lebenslange Lernen.
- **Lebenslanges Lernen.** Unser Bildungssystem ist noch zu stark darauf ausgerichtet, einmaliges Wissen zu vermitteln, ohne dafür besorgt zu sein, dass dieses Wissen der immer schneller werdenden Entwicklung angepasst werden muss. Wer sich nicht dauernd weiterbildet, verliert sehr rasch den Anschluss.
- **Solide, breite Basisausbildung.** Die Schnelllebigkeit mit der damit verbundenen Anpassungsbereitschaft machen es notwendig, ein berufliches Basiswissen zu vermitteln, das später immer wieder ermöglicht, sich neuen beruflichen Gegebenheiten anzupassen.
- **Sozialkompetenz kommt vor Fachkompetenz.** Nachhaltige Bildung im 21. Jahrhundert verlangt wie nie zuvor nach Heranbildung und Förderung von Verantwortungseliten, die in der Lage sind, bei neuen Erkenntnissen auch ohne gesetzliche Leitplanken nach dem Vorsichtsprinzip zu entscheiden.

Herr Nationalrat Dr. Johannes Randegger äusserte sich in der Folge unter dem Titel «Chancen und Grenzen» zu den Privatschulen als Teil unseres Bildungssystems:

«Gleich vorweg möchte ich festhalten, dass Privatschulen keine Bedrohung des staatlich organisierten Bildungswesens sind; Staats- und Privatschulen sind keine Gegensätze. In einem freiheitlichen und marktwirtschaftlich organisierten Staatssystem müsste eigentlich auch ein Bildungsmarkt bestehen. Markt heisst Wettbewerb, heisst Konkurrenz. Der Aufbau unseres Bildungssystems ging mit der Eliminierung eines echten innerschweizerischen Wettbewerbs einher. Die durch die Kantone gewährte Unterhaltsgarantie und die Finanzierung der Staatsschulen durch Steuermittel, machte diese konkurrenzlos attraktiv. Die damit kostenlos gewordene Bildungsversorgung führte zu einem einzigen Anbietertypus, faktisch einem Monopol des Staates. Ein privates Angebot ermöglicht wohl eine Wahl, entschärft damit die Nachteile eines staatli-

chen Schulmonopols aber kaum, da die Privatschule in der Regel aus finanziellen Gründen nur die besser verdienenden anspricht. Staatsschulen sind – im Gegensatz zu privaten Schulen – allen gegenüber offen. Sie sind die offizielle Antwort auf den Bildungsauftrag, wie er in unserer Bundesverfassung festgehalten ist. Die einzelnen Schulträger – also die Kantone – sind verpflichtet, entsprechende Bildungsplätze bereit zu stellen. Da Staatsschulen allen Bevölkerungsschichten flächendeckend Aufnahme bieten müssen, ist die Gefahr gross, zur Durchschnittsschule zu werden, die vor allem auf durchschnittlich Begabte ausgerichtet ist. Dies ist verständlich, weil unter den Staatsschulen kein Wettbewerb besteht, das Lehrpersonal in unkündbarer Stellung ist und Leistungsanreize, sofern sie nicht auf Berufsstolz beruhen, gänzlich fehlen. Das Risiko einer missglückten Ausbildung tragen somit der Schüler und die Schülerin. Gerechterweise will ich festhalten, dass sich auch die Staatsschulen im Rahmen ihrer gesetzlichen Möglichkeiten bemühen, speziellen Leistungsanforderungen Rechnung zu tragen. Die Stärke der privaten Schulen liegt meines Erachtens vor allem darin, sich veränderten Verhältnissen auf dem Bildungsmarkt schnell anpassen zu können. Mit Blick auf die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt öffnet dies den privaten Schulen sehr gute Chancen. Eine weitere Stärke privater Schulen liegt darin, dass sie auf individuelle Fähigkeiten und Begabungen mehr Rücksicht nehmen können. Die Zukunft des Internets wird zu individualisierten Lernangeboten führen und gerade diesbezüglich sind die Privatschulen den staatlichen Schulen einen Schritt voraus. Dazu kommt die Möglichkeit, auch im pädagogischen Bereich neue Wege zu gehen, um neue Erkenntnisse schneller und angepasster aufzunehmen und umzusetzen. Ich weiss, Ihnen allen sind diese Vorteile und Pluspunkte bestens bekannt. Wenn ich sie in Erinnerung gerufen habe, so deshalb, um Sie zu ermuntern, diese Chancen auch wirklich zu nutzen und damit den Bildungsmarkt zu beleben, auch wenn Sie damit rechnen müssen, in finanzieller Hinsicht noch lange auf nennenswerte staatliche Unterstützung warten zu müssen.»

Am Schluss seines Referates plädierte Herr Nationalrat Dr. Johannes Randegger für einen bildungspolitischen Umbau, welcher rasch an die Hand genommen werden müsse. Folgende Reformen seien notwendig und zum Teil auch bereits initialisiert:

- **Harmonisierung des gesamten Bildungssystems:** erneuter Anlauf, einen Bildungsartikel in die Bundesverfassung aufzunehmen, welcher dem Bund die Möglichkeit gibt, die Bildungsinhalte und -ziele zu koordinieren und festzulegen.
- **Berufslehre:** mit einem neuen Berufsbildungsgesetz, das alle Berufe abdeckt, soll die Anzahl Berufe auf möglichst wenig Berufsfelder reduziert werden. An der dualen Lehre wird festgehalten, die Lehrdauer soll mindestens drei Jahre betragen und das finanzielle Engagement des Bundes auf diesem Gebiet soll erhöht

und auf die Ausbildungsleistung der Kantone ausgerichtet werden. Neben der Vermittlung beruflicher Grundfähigkeiten soll der Methodenkompetenz (Lernfähigkeit) und der Sozialkompetenz grosse Beachtung geschenkt werden.

- Hochschulen: sowohl im Fachhochschulbereich wie bei den Universitäten soll der Wettbewerb gefördert und damit die Qualität angehoben werden. Es sollen nationale Forschungsschwerpunkte gebildet werden und die Finanzierung seitens des Bundes erfolgt nicht mehr aufgrund des Aufwandes, sondern aufgrund von Leistungskriterien. Mittels Konkordat und Zusammenarbeitsvertrag mit dem Bund wird eine gesamtschweizerische Führung und Koordination im Sinne eines Netzwerkes angestrebt.
- Lebenslanges Lernen muss vom Wunschdenken zur Grundhaltung werden. Bei der Weiterbildung muss die Rolle des Staates rasch definiert werden, damit der derzeit chaotische Weiterbildungsmarkt auf die individuellen Bedürfnisse zur Erhaltung der beruflichen Vermitelbarkeit ausgerichtet werden kann.
- Leistungsprimat, Qualität, Durchlässigkeit, Wettbewerb sind Begriffe, welche die künftige bildungspolitische Landschaft prägen müssen und werden. Und da haben auch Privatschulen Platz, ihren Beitrag weiterhin zu leisten.

Privatschulen kritisieren faktisches Schulmonopol des Staates «Grundrecht auf freie Wahl der Schule»

St. Gallen (sda) Vertreter von Privatschulen haben an einem «bildungspolitischen Apéro» in St. Gallen das faktische Monopol des Staates auf der Primar- und Sekundarstufe kritisiert. Sie pochten auf ein «Grundrecht auf freie Wahl der Schule».

«Private Bildung – Privileg oder Grundrecht?» war die zentrale Frage, um die sich die Diskussion am Donnerstagabend drehte. Zum «Apéro» hatten die Verbände der schweizerischen Privatschulen, der Katholischen Schulen und der Rudolf-Steiner-Schulen eingeladen.

Nach Bruno Santini-Amgarten, Leiter der Katholischen Schulen der Schweiz (KSS), kennen nur die Kantone Jura, Luzern, Zug und Baselland eine staatliche Unterstützung von privaten Primarschulen. Zwischen null und 80 Prozent würden Sekundar- und Mittelschulen subventioniert, wobei vor allem die Innerschweizer Kantone offener seien.

Diese Situation hat nach Auffassung von Markus Fischer, Sekretär des Verbandes Schweizerischer Privatschulen (VSP), zu einem faktischen Monopol des Staates vorab auf der Primar- und Sekundarstufe geführt. Dadurch werde private Bildung weitgehend zu einem einkommensabhängigen Privileg.

Bildungsvertrag statt Monopol

Dieser Situation stellte Fischer die Idee eines Bildungsvertrages gegenüber, wonach der Staat Privatschulen «als Kooperationspartner oder Mitanbieter akzeptiert». Private wie staatliche Schulen unterständen einer konsequenten staatlichen Kontrolle.

Durch einen «Finanzierungspluralismus, der ökonomisch und sozial gerecht ist», hätte der Staat faire Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Ausserdem wären in Rahmengesetzen Organisation, Zielsetzung, Finanzierung und Aufsicht zu regeln sowie ein klarer Leistungsauftrag zu formulieren, so Fischer.

Für Pluralismus im Bildungswesen plädierte auch Robert Thomas, Koordinator der Arbeitsgemeinschaft der Rudolf-Steiner-Schulen in der Schweiz. Nur so könnten die Schulen der Zukunft auf den ausgeprägten Individualisierungsprozess der heutigen Gesellschaft antworten.

Skepsis gegenüber «Bildungskonti»

Die Einführung von Bildungskonti, die in gleicher Höhe allen Kindern zustünden, Bildungsdarlehen, Stipendien, Steuererleichterungen wurden von den Referenten als Möglichkeiten eines «Finanzierungspluralismus» genannt.

Aber Felix Baumer, Leiter des Amtes für Volksschule im Erziehungsdepartement des Kantons St. Gallen, winkte ab: Auf der Primarstufe könne er sich solche Lösungen nicht vorstellen. Sie wären auch politisch weder im Parlament noch in einer Volksabstimmung mehrheitsfähig.

Privatschulen seien aber «eine nützliche und wertvolle Ergänzung der öffentlichen Schulen», so Baumer. Volksschulgesetz, Lehrpläne, klar umschriebene Voraussetzungen für eine Betriebsbewilligung und neu auch eine Bewilligungspflicht für die Führung von Internaten regelten im Kanton St. Gallen Zulassung und Führung von Privatschulen.

Zu diesem Punkt meinte Baumer: «Der Staat muss sich einmischen, wenn die psychische und physische Integrität der Kinder gefährdet ist.» Es war die einzige Anspielung auf die Vorfälle in Vilters, sonst war das Thema an der Veranstaltung tabu.

Bildungsgutschein

Eigenartig, wie auf die Idee von David Syz aus dem Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement reagiert wird: Die Abgabe von Bildungsgutscheinen würde zur Folge haben, dass ein schlechtes staatliches Schulsystem für untere Schichten neben einem guten privaten Schulsystem für obere Schichten entstünde.

Vorurteile werden da offensichtlich mit einem völlig undifferenzierten Blick auf die USA unüberlegt gehätschelt. Tatsache ist,

- dass es heute schon private Schulen neben staatlichen gibt und dass die Konkurrenz in vielem sehr belebend und anregend ist. Schülerinnen und Schüler, Eltern und die ganze Gesellschaft können nur davon profitieren, wenn Alternativen bestehen und niemand auf seinen schwachen Seiten ausruhen kann. Wenn das staatliche Schulsystem gute Qualität zu einem guten Preis liefert: Wer sollte dann Angst vor Konkurrenz haben?
- dass heute die Eltern, welche ihr Kind in eine private Schule schicken, finanzielle Lasten auf sich nehmen – das Gespenst, das an die Wand gemalt wird, müsste also doch schon heute Realität sein?
- dass schon heute längst nicht nur reiche Eltern ihre Kinder an eine private Schule schicken, sondern häufig auch ganz einfache Eltern, welche mit ihrem Kind aus einem bestimmten Grund die private Schule gewählt haben – und dafür einen Teil ihres Budgets reservieren, zusätzliche Lohnarbeit suchen (vor allem auch Mütter) und «ganz einfach» an andern Orten sparen.
- dass z.B. das Gymnasium Immensee mit Eltern zusammen versucht, finanzielle Lösungen zu finden, wenn nicht das ganze Schulgeld bezahlt werden kann, und auch eigene Stipendien ausrichtet. Diese werden zu einem grossen Teil von Eltern aus mittleren und oberen Schichten übernommen, welche freiwillig, dafür sorgen, dass etwa ein arbeitsloser Vater sein Kind nicht von der Schule wegnehmen muss, dass ein Schüler dessen beide Eltern während der Schulzeit sterben, finanziell nicht bedrängt wird. . . Warum sollte an unserer Schule eine Mischung von Kindern aus begüterten und weniger begüterten Familien nicht sinnvoll sein?
- dass der Staat heute schon die Gelegenheit wahrnimmt, für die privaten Schulen Bedingungen zu setzen – warum sollte er das mit Bildungsgutscheinen nicht auch tun können? Auch als private Schule wehren wir uns nicht gegen vernünftige staatliche Rahmenbedingungen; was wichtig ist, ist ein relativ grosser Freiraum, der kreativ genutzt werden kann, und zwar von privaten und von staatlichen Schulen.

DIALOG, Gymnasium Immensee, Bruno Thurnherr

Hohe Ansprüche: Multikulturelle Bildung in der Schweiz

von Elisabeth Zillig in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ)

Für die Schweiz mit ihren vier Landessprachen – Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch – war es schon immer ein Gebot, multikulturelle Bildung zu fördern. In den vergangenen Jahren wurde diese Entwicklung durch die wachsende Zahl der in der Schweiz niedergelassenen

Ausländer und durch die Zunahme der internationalen Beziehungen begünstigt. Ihrer pädagogischen Tradition verpflichtet leisten die Privatschulen einen wichtigen Beitrag zur multikulturellen Erziehung. Heute besuchen ungefähr 100 000 Studierende aus den verschiedenen Regionen des Landes und aus über hundert verschiedenen Nationen eine Privatschule des Verbandes Schweizerischer Privatschulen VSP.

Bilingue-Schulen

Sowohl Internate als auch Externate bieten anspruchsvolle Ausbildungsprogramme zur Vorbereitung auf international anerkannte Diplome an. Diese sind Voraussetzung für ein Studium im In- und Ausland. In den vergangenen zehn Jahren haben sich zahlreiche Mitglieder dieses Verbandes als eigentliche Bilingue-Schulen profiliert. In diesen Schulen wird ein Teil der Unterrichtsfächer in der Landessprache der Region erteilt, der andere Teil in einer Zweitsprache – zum Beispiel Deutsch, Französisch, Englisch oder Italienisch. Dieser Immersionsunterricht hat sich sehr gut bewährt und ist geeignet, das Verständnis für andere Sprachen und Kulturen zu fördern. Bilinguale Schulen haben sich vor allem in Städten mit einem hohen internationalen Bevölkerungsanteil etabliert, namentlich in Genf, Bern, Zürich und Basel. Es gibt aber auch zahlreiche Internate, die bilingualen Unterricht anbieten.

Die Privatschulen sind bestrebt, auf die Schülerpersönlichkeit bezogene Ausbildungsprogramme und individuelle Betreuung anzubieten. Sie sind der Weltgemeinschaft gegenüber offen und fördern bei ihren Studierenden aller Nationalitäten ein gesundes Empfinden für unterschiedliche Kulturen. Die Internate des VSP haben sich in einer gemeinsamen Erklärung verpflichtet, hohen Ansprüchen sowohl in der Ausbildung als auch in der Betreuung der Studierenden zu genügen.

Das multikulturelle Zusammenleben im Internat eröffnet die Möglichkeit, weltumspannende Freundschaften zu schliessen sowie die Tradition anderer Kulturen kennen zu lernen und zu respektieren. Viele während der Ausbildung in der Schweiz geknüpfte Kontakte entwickeln sich zu persönlichen Beziehungen, die sich eine Leben lang und über die nationalen Grenzen hinweg erhalten. Ausserdem kann der Schulbesuch weitgehend losgelöst von internationalen Spannungen oder Unruhen erfolgen.

Qualität verpflichtet

Der ausgezeichnete Ruf des schweizerischen Bildungswesens ist international bekannt. Für die Schweizer Privatschulen ist Qualität ein Schlüsselbegriff. Privatschulen stehen unter der Aufsicht von staatlichen Behörden (Kantone). Wegweisend sind das kantonale Recht und die jeweilige Schulgesetzgebung. Die Mitgliedschulen des VSP haben darüber hinaus den vom Verband herausgegebenen Richtlinien zu genügen. In den vergangenen Jahren haben viele Schulen zur Sicherung ihrer nationalen und

internationalen Anerkennung in die Qualitätsentwicklung investiert.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. Mai 2000

Auskunftsrecht von Eltern ohne elterliche Sorge / Regelung im revidierten ZGB

Mit der Revision des Scheidungsrechts, welches seit 1. Januar 2000 in Kraft ist, wurde das Auskunftsrecht von Eltern ohne elterliche Sorge rechtlich festgelegt. Adressat der in Art. 275a Abs. 1 ZGB verankerten Pflicht, den Elternteil ohne elterliche Sorge zu informieren und vor Entscheidungen anzuhören, ist der/die Inhaber/Inhaberin der elterlichen Sorge. Es besteht also keine Pflicht der Schulbehörden oder der Lehrerschaft, den Elternteil ohne Sorge von Amtes wegen über wichtige Ereignisse, z.B. bevorstehende Schullaufbahnentscheide, zu informieren. Art. 275a Abs. 2 ZGB gesteht jedoch neu den Eltern ohne elterliche Sorge ausdrücklich ein Erkundigungsrecht zu. Demnach können diese bei Drittpersonen, die an der Betreuung des Kindes beteiligt sind, wie namentlich bei Lehrkräften, Ärztinnen und Ärzten, in gleicher Weise wie der Inhaber der elterlichen Sorge Auskünfte über den Zustand und die Entwicklung des Kindes einholen.

Dem Auskunftsrecht sind demnach bestimmte Grenzen gesetzt, wonach gilt:

- Das Gespräch hat sich auf den Zustand und die Entwicklung des Kindes in dem von der Drittperson betreuten Bereich (schulischer oder therapeutischer Bereich) zu beschränken.
- Die Auskunft ist bei den Lehrpersonen und allfälligen Therapeut/Innen einzuholen (nicht etwa bei der Schulpflege oder Schulleitung, welche nicht als betreuende Drittperson bezeichnet werden kann, da ihr vor allem die allgemeine Organisation und Führung der Schule obliegt).
- Gerichtliche oder vormundschaftliche Anordnungen können das Auskunftsrecht einschränken. Der auskunftserteilenden Drittperson obliegt es, sich (allenfalls beim sorgeberechtigten Elternteil) über allfällige Beschränkungen richterlicher oder vormundschaftlicher Art zu erkundigen.

Schulblatt ZH 6/2000

Ausbildungsverband der Schulen ITA und Juventus

Die Lehrgänge der Technikerschule am ITA Institut für Technische Ausbildung werden ab kommendem Semester unter dem Dach der Stiftung Juventus-Schulen geführt und damit gleichzeitig dem Management der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Verwaltung Zürich unterstellt. Die Stiftung Juventus-Schulen ist das Kompetenzzentrum für berufsbegleitende technische Ausbildungen. Durch

die Integration der ITA-Lehrgänge in diese Bildungsstätte bleibt der Qualitätsstandard der Ausbildung gewahrt – die Profiteure sind letztlich die Studierenden, denn die Integration erleichtert ihnen den Zugang zu erweiterten Ausbildungen bis auf die Ebene der Hochschule.

Pressemitteilung ITA/Juventus vom 7. Juli 2000

Generalistenausbildung auf hohem Niveau

Erstmals gibt es in der Schweiz einen eidgenössischen Diplomabschluss für Geschäftsführer/innen und leitende Angestellte. Das Spezielle daran: trotz anspruchsvollster Fächer lässt sich die Ausbildung in einem reich befrachteten Terminkalender packen. Angeboten wird der Lehrgang «eidg. dipl. techn. Geschäftsführer/in KMU» von der AKAD. Der Lehrgang ist neu und vom BBT (Bundesamt für Berufsbildung und Technologie) anerkannt.

Pressemitteilung der AKAD vom 7. April 2000

Unternehmerforum Lilienberg ehrt Peter Fratton mit Förderpreis 2000

Seit zwanzig Jahren macht das reformpädagogische Modell «Autonomes Lernen in gestalteter Umgebung» an der Schule für Beruf und Weiterbildung (SBW) in Romanshorn auf sich aufmerksam. Für diese Leistungen wurde Peter Fratton, Gründer und Leiter der SBW, in diesem Frühjahr mit dem Lilienberg-Förderpreis ausgezeichnet. In ausserordentlicher Weise sei es ihm gelungen, Bildung und unternehmerisches Denken zu vereinen, heisst es in der Würdigung. Das Unternehmen «Mensch sein» zu erfinden und eigenverantwortlich zu führen: Dieser Herausforderung stellt sich das vielbeachtete reformpädagogische Modell «Autonomes Lernen in gestalteter Umgebung», das Peter Fratton in den letzten zwei Jahrzehnten kontinuierlich weiterentwickelt und im ganzen deutschsprachigen Raum bekannt gemacht hat.

Offensive in der Informatik

Mit einem neuartigen Ausbildungskonzept soll bereits ab 2001 der Mangel an Informatikern behoben werden. Es basiert auf einem flexiblen Modularsystem.

Das Konzept geht davon aus, dass die Zahl der Informatiklehrstellen von heute rund 1600, ab 2003 verdoppelt oder gar verdreifacht wird. Ab 2007 sollten 12000 bis 20000 Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen. Die Reform sieht folgende Kernpunkte vor:

- Die heute in mehrere Spezialausbildungen zersplitterte und unübersichtliche Ausbildung wird durch einen einzigen Informatik-Beruf ersetzt. Informatiker sollen Hard- und Software sowie Verfahren konzipieren, realisieren, testen und betreiben. Differenzierungen können in «Richtungen» erfolgen, welche mit bedürfnisgerechten Ausbildungsinhalten unterschiedlichen Berufsprofilen Rechnung tragen.
- Organisationsform bleibt die bewährte Betriebslehre. Ein Basislehrjahr mit rein schulischer Ausbildung kann den Einstieg in die komplexe Tätigkeit erleichtern.
- Teile der theoretischen Grundausbildung und die ganze Weiterbildung werden modular gestaltet. Das Modul im Umfang von 40 bis 80 Stunden ist das Basiselement des Baukastensystems für die «Berufsausbildung Informatik». Der Baukasten besteht aus mehreren Bausätzen, diese wiederum setzen sich aus mehreren Modulen zusammen. Ein Bausatz führt die Module so zusammen, dass sie zu einem Informatik-Fähigkeitszeugnis auf der Grundausbildungsstufe sowie zum Fachausweis oder Diplom einer bestimmten Richtung auf der Weiterbildungsstufe führen. Vorgesehen sind Pflicht-, Wahlpflicht- und Wahlmodule. Die Lehrlinge mit ihren vielen verschiedenen Neigungen und Interessen und die Lehrbetriebe mit ihren unterschiedlichen Möglichkeiten definieren vor oder während der Lehre ihr sogenanntes individuelles Konzept-Portfolio. Dieses Vorgehen soll auch für Ausbildungen auf der Weiterbildungsstufe gelten.

Die ersten Lehren nach dem neuen Modus sollen im August 2001 starten und in der Weiterbildung wird das Modulsystem so eingeführt, dass im Frühling 2003 die ersten Abschlüsse erfolgen können.

Der ausführliche Bericht über das Konzept der neuen Informatikberufsausbildung Schweiz ist im Internet (www.admin.ch/bbt/NEWS) abrufbar.

SGV-Bulletin vom 20. April 2000

Neue Fachleute aus Schönbühl

Die neuen Software-Entwickler werden seit gestern in Schönbühl ausgebildet: Die Wirtschaftsinformatikschule Schweiz (Wiss) ist das erste Weiterbildungsinstitut im Bereich Informatik, das vom Bundes-Aktionsprogramm «softnet» profitieren kann.

Helene Koller und Marc Bouquet haben gestern eine neue Ausbildung in Angriff genommen: Falls sie dran bleiben, sind sie in einem halben Jahr fertig ausgebildete Software-Entwickler – und haben mit dem Abschluss wohl auch gleich eine Anstellung im Sack. Für Marc Bouquet, den Telematik-Techniker, ist die Ausbildung an der Wirtschaftsinformatikschule Schweiz (Wiss) in Schönbühl eine Art von Weiterbildung. Helene Koller aber steigt um: Sieben Jahre lang arbeitete sie als Krankenpflegerin.

Geld vom Bund

Für die 110-tägige Vollzeitausbildung bezahlen die beiden je nur 3800 Franken. Denn: Ihr Ausbildungsgang profitiert von «softnet», einem Aktionsprogramm des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie (BBT). Dessen Ziel ist es, den Mangel an Informatikern in der Schweiz zu beheben: Insgesamt 30 Millionen Franken hat die Eidgenossenschaft für das drei Jahre währende Aktionsprogramm locker gemacht.

Die Wiss ist das erste Weiterbildungsinstitut im Bereich Informatik, das von «softnet» profitieren kann: Insgesamt 2,5 Millionen Franken wird die Schule mit Sitz in Kloten, Zürich, Basel und eben Schönbühl für ihre neue Software-Entwickler-Ausbildung erhalten – falls sie genügend Personen ausbildet. Was kein grosses Problem darstellen dürfte: Gestern hat der mit 16 Teilnehmerinnen und Teilnehmern ausgebuchte erste Kurs in Schönbühl begonnen; in einem Monat startet der Ausbildungsgang in Zürich, für den bereits jetzt eine Warteliste besteht. Und auch in Basel, wo man in zwei Monaten einsteigen kann, sei, so Lehrgangsleiter Kurt Lieberherr, das Interesse gross.

Praxisnahe Ausbildung

Die Ausbildung zum Software-Entwickler richtet sich ausdrücklich an Praktiker: Voraussetzung für eine Teilnahme am Kurs ist eine abgeschlossene Berufslehre oder eine höhere Schulbildung. Der Unterricht ist praxis- und handlungsorientiert; die Schule selber richtet sich nach den Bedürfnissen der Wirtschaft. «Heute ist es für Firmen schwierig, geeignete Leute zu finden», sagte Otto Frei, Geschäftsleiter von Wiss, gestern vor den Medien. Darum habe man schon vor ein paar Jahren gemeinsam mit Firmenverantwortlichen über die Wünsche der Unternehmen und damit auch über einen praxisorientierten Lehrgang nachgedacht: «Wir wollen eine Ausbildung anbieten, die gewährleistet, dass die Leute gleich anschliessend in der Wirtschaft voll einsetzbar sind.»

Firmen «kaufen» Leute

Die Wirtschaft wird sich, davon gehen die Verantwortlichen aus, auf die neuen Fachkräfte stürzen. Sind die Schüler in einem halben Jahr ausgebildet, werden sie von der Wiss «verkauft»: Die Unternehmen, die die neuen Software-Entwickler anstellen wollen, übernehmen nämlich deren effektive Ausbildungskosten von rund 30 000 Franken - ausser den kleineren und mittleren Unternehmen, die dank den Bundessubventionen nur rund 20 000 Franken bezahlen. Das von den Schülern zu bezahlende Kursgeld von 3800 Franken besteht aus Prüfungs- und Aufnahmegebühren.

Die «softnet»-Initiative will nicht nur der Wirtschaft neue Informatiker bringen: Ein wichtiger Punkt des Programms ist auch die Frauenförderung. Frauen seien, so Frei, nämlich sehr gut geeignet für die Informatikerbranche – sie neigten dazu, die Ausbildung seriöser als ihre Kollegen anzugehen und so zu reüssieren.

Der Bund

Mangel an Lehrkräften auf den Sekundarstufen

Den Begriff «Lehrermangel» will noch niemand verwenden, doch in der grossen Mehrheit der Kantone ist die Situation bei den Lehrkräften «angespannt» – speziell auf den Real- und Sekundarstufen. Dies ergab eine Umfrage des Dachverbandes Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) bei den Erziehungsdirektionen der Deutschschweiz und Liechtensteins. Einige kleine Kantone wollen als Konsequenz die Anstellungsbedingungen für Lehrpersonen verbessern.

LCH-Medienmitteilung vom 28. August 2000

Ecole primaire genevoise, bilinguisme précoce et context interculturel

Ce rapport examine la situation des enfants qui arrivent à l'école genevoise en pratiquant une langue autre que le français. Il montre que le groupe concerné par ce problème n'est pas marginal: le français, à Genève, n'est la langue exclusive de communication familiale que dans trois cas sur cinq (62%). Dans presque quarante pour-cent des familles genevoises, on parle d'autres langues, en plus ou au lieu du français. Pour l'année scolaire 1996/97, quasiment un quart des parents d'élèves (24%) ont indiqué parler en famille ou bien l'italien, l'espagnol ou le portugais, cette dernière étant quantitativement la plus importante: le tiers des familles non francophones parlent le portugais, 17% l'espagnol et 10% l'italien. Au cours des années 90, le nombre d'élèves provenant de l'ex-Yougoslavie est monté en flèche; en 1996/97 il égalait le nombre d'élèves d'origine italienne (aujourd'hui, il l'aura probablement dépassé).

Les difficultés d'intégration scolaire rencontrées par les élèves allophones sont illustrées par les taux de redoublement. Le phénomène du redoublement des enfants allophones est à la fois inquiétant par son ampleur et par sa précocité: l'école genevoise commence à faire doubler les enfants en deuxième enfantine, et ensuite, le phénomène prend de plus en plus d'ampleur en 1P et 2P. Les données disponibles laissent supposer que les difficultés liées à la lecture, qui sont elles-mêmes liées au bilinguisme des enfants, comptent pour beaucoup dans la décision de faire redoubler un enfant. Dans ce contexte il convient de mentionner le fait que l'enseignement rénové du français a aggravé la situation des enfants allophones, la réforme ayant été conçue pour des élèves francophones dont les compétences en compréhension et production orales s'inscrivent dans des connaissances langagières antérieures dont les élèves allophones ne disposent en règle générale pas.

Dans sa logique orientée vers l'assimilation des enfants d'origine étrangère, l'école continue à s'adresser essentiellement aux élèves francophones et à dispenser un en-

seignement monolingue dans un contexte plurilingue et multiculturel. Les propositions que l'auteur avance en vue d'une amélioration de la situation des élèves allophones à Genève touchent notamment à la formation de base et continue du corps enseignant, mais également aux programmes. Ainsi il se prononce pour l'intégration d'un enseignement précoce de la langue familiale en 1P. Il soutient toutefois que, afin, d'éviter des surcharges aux élèves, une telle mesure présupposerait que l'on repense l'introduction de l'enseignement de l'allemand depuis la première primaire.

Suivi de la mise en place d'EVM dans le cycle de transition et dans les degrés 7 à 9

La réforme EVM («École vaudoise en mutation») a profondément modifié le moment charnière de l'école vaudoise, à savoir celui de l'orientation. Pour donner aux élèves le temps de s'adapter à l'enseignement secondaire qu'ils découvrent, baisser le niveau de stress, éviter une sélection trop précoce et ouvrir davantage l'école aux parents, différentes mesures ont été prises, notamment: la mise en place de procédures d'accueil, de nouvelles formes d'évaluation, un accent sur la différenciation, des groupes de niveaux en 6^e année, un allongement du cycle à deux ans et de nouvelles procédures d'orientation.

Toutes ces mesures sont mises en œuvre dans 12 établissements pionniers une année avant d'être appliquées dans l'ensemble des autres établissements du canton. Des délégués de chaque établissement explorateur se réunissent mensuellement pour apporter des informations, soumettre des questions au Service de l'enseignement enfantin, primaire et secondaire (SENEPS), et mettre en commun leurs expériences.

Un travail analogue va être effectué au niveau du cycle suivant. Là les innovations concernent notamment l'évaluation formative et informative, une nouvelle approche de l'orientation, des options, le travail interdisciplinaire, etc. Dans les degrés 7–9 également, des délégués mandatés par les établissements explorateurs vont se rencontrer mensuellement pour discuter entre eux et avec des représentants du SENEPS.

Le suivi de la mise en place, assuré par l'URSP, a pour but d'aider le partage des informations et des expériences entre établissements explorateurs, de contribuer au pilotage de la mise en œuvre des réformes EVM, et de préparer les établissements non explorateurs à mettre sur pied le cycle de transition et l'enseignement secondaire renouvelé. Pour ce faire, l'URSP posera des questions aux délégués à propos des principaux thèmes pédagogiques et analysera des documents de travail des établissements.

DIAVOX SA: Changement de direction

34 ans après la création et l'ouverture de DIAVOX, Madame et Monsieur Martin se retirent. Le 1^{er} août 2000, le nouveau Directeur et actionnaire majoritaire, Monsieur Jean-Philippe Scalbert (anciennement directeur de l'Ecole Hôtelière de Glion) a pris ses nouvelles fonctions, secondé par son épouse, Madame Patricia Scalbert, et en partenariat avec Glion Group of Switzerland (Glion Hotel School) et l'Ecole Beau-Soleil à Villars s/Ollon, en tant qu'actionnaires minoritaires.

Afin d'assurer sans heurt le passage d'une direction à l'autre, Monsieur Martin assistera Monsieur Scalbert durant quelques mois, en qualité de «conseiller pédagogique».

DIAVOX Ecole de langues, en août 2000

Ecole Blanc (S.A.): Changement de Direction

Pour des raisons de disponibilités, Monsieur P.-A. Ruchat ne pourra plus assurer la direction de l'Ecole Blanc. Dès lors, une nouvelle direction a été mise en place. Dès la prochaine rentrée scolaire, soit le 28 août, la direction de l'Ecole est assurée par Monsieur Philippe-Charles Rosse, licencié de l'université de Lausanne. A partir de ce jour Madame Estelle Martin, assistante de direction et coordinatrice pédagogique est à même de répondre à toutes les questions relatives aux étudiants étranger ainsi qu'aux problèmes pédagogiques relatifs aux différentes filières débouchant sur les diplômes décernés par notre Ecole de commerce et de langues.

Communiqué de l'Ecole Blanc, 16 août 2000

Passation des pouvoirs à l'Association suisse des écoles hôtelières (ASEH)

L'Assemblée générale de l'Association suisse des écoles hôtelières (ASEH) a élu à sa présidence, le 17 mars dernier, Martin Kisseleff, président HOTELCONSULT «César Ritz» Colleges. Celui-ci succède à Kurt Imhof qui a dirigé l'organisation pendant six ans. 12 instituts de formation hôtelière appartiennent aujourd'hui à l'ASEH.

Communiqué de presse du 7 avril 2000

Objectifs atteints!

Les événements que nous avons organisés au cours de l'année 1999, pour célébrer les 25 ans d'ASC, nous ont permis de récolter les fonds nécessaires pour bâtir et équiper des salles de classes dans trois écoles en Inde rurale aux environs de Madras.

Lors de notre deuxième voyage en Inde, nous avons pu constater que tout ce que nous avons prévu a été soigneusement exécuté et que les prévisions ont même été dépassées grâce à l'initiative des responsables locaux qui ont judicieusement surveillé et guidé les réalisations. Les conditions physiques étant sensiblement améliorées dans les trois écoles, notre intérêt se portera dorénavant sur une collaboration au niveau de l'enseignement.

En tant qu'école de langues, nous estimons pouvoir les aider à acquérir une approche plus communicative dans l'enseignement de l'anglais.

Pour réaliser ce deuxième volet d'aide, nous projetons de:

- Offrir des formations aux enseignantes indiennes sur place,
- Accueillir des enseignantes indiennes à Genève qui à leur tour formeront leurs collègues,
- Envoyer du matériel pédagogique moderne,
- Engager des enseignants supplémentaires afin de diminuer le nombre d'élèves par classe.

*Bulletin de l'école de langues ASC International House,
Genève, avril 2000*

Pamela Walsh commended

ASC Founder and Director-General, Pamela Walsh is to receive the award of O.B.E. (Order of the British Empire) by Queen Elisabeth II of the United Kingdom. The award commends her life dedicated to education and her tireless work for charity. ASC International House celebrated its Silver Jubilee by raising funds to help build and equip three girls schools in rural India.

"It is a wonderful honour to receive recognition from your own country when you have spent so much of your life a long way from home," said Pamela Walsh, who now plans to set up a foundation to help fund educational projects in the poorer areas of the world.

Survail Mont-Fleuri: Qualification ISO 9002

Depuis 3 ou 4 ans, une tendance apparaît au sein des écoles privées suisses à demander une qualification. Cette exigence de qualité se dessine également auprès des décideurs de Suisse Tourisme.

Il y a une année et demie, notre Directeur, Monsieur Fritz Sidler, a été abordé par la société QUALICON qui prépare à ce genre de formation. Décision a été prise de se soumettre aux normes ISO 9002 pour les raisons suivantes:

- Obtenir une confirmation officielle de notre qualité
- Certaines lignes de conduite étant imposées et à suivre, cette démarche facilitera la continuation de nos activités dans d'excellentes conditions, ainsi que la pérennité de l'école.

Sous la forme de séminaires, notre formateur a réuni les personnes responsables de chaque département, analysant les fonctions, les besoins et les buts de chacun.

Après environ 13 mois de formation, au cours desquels tout le Personnel de Surval a parfaitement joué le jeu, nous avons été soumis à un pré-audit, suivi de l'audit définitif à la fin duquel nous avons été reconnus conformes aux normes ISO 9002. La société par laquelle nous avons été certifiés s'appelle le TÜV SUISS, une compagnie allemande bien connue dans l'industrie automobile, avec extension en Suisse.

Avec l'aide d'une assistante, il a été établi un Manuel qualité qui désormais sert de guide à tout notre personnel. Le représentant de la direction pour la qualité et le responsable qualité supervisent désormais le système qualité et s'assurent que le système est pertinent.

Notre école a atteint un but important: tous nos collaborateurs ont désormais en mains un excellent instrument pour accomplir leurs tâches, tant au sein de notre département hôtelier, que celui de l'enseignement, des loisirs, de l'encadrement et de la sécurité de nos élèves.

A noter: nous sommes la première Finishing School au monde à être qualifiée!

Communiqué de presse, le 12 mai 2000

Global Education in Switzerland

Unter der Bezeichnung «Global Education in Switzerland» haben sich Privatschulen des Verbandes Schweizerischer Privatschulen zusammengeschlossen, um mit Schweiz Tourismus das schweizerische Privatschulwesen mit internationaler Ausrichtung weltweit zu profilieren. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit erschien nachfolgender Artikel in der Informationsschrift «Selling Switzerland Worldwide 2000/2001», welche von Schweiz Tourismus in 2000 Exemplaren weltweit in den verschiedenen Agenturen bzw. in Zusammenarbeit mit den Partnern verteilt wird:

Welcome to "Global Education in Switzerland"

Private Education "Made in Switzerland". With its four languages, varied cultures, beautiful landscapes and peaceful political environment, Switzerland is not only a prime destination for tourism but also plays a leading role in the international education field. For over a century, Swiss private schools – offering individualised, innovative and high-standard educational opportunities – have been one of the top quality products of Switzerland.

Why choose a private school in Switzerland? The members of "Global Education in Switzerland" can offer you several distinct advantages:

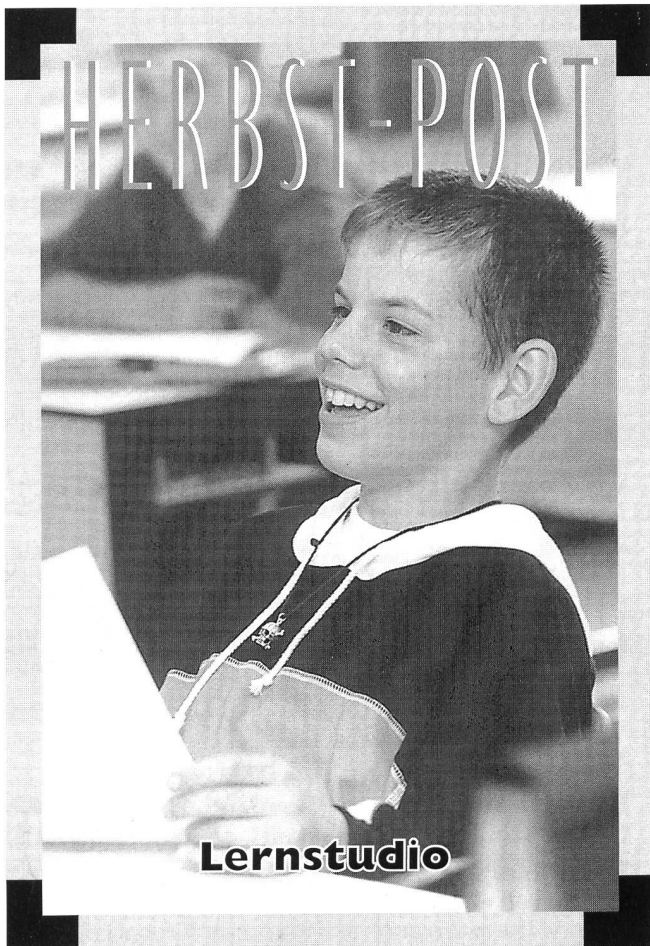
- complete, national or international programs of study and training, for all ages.
- high-quality teaching constantly re-evaluated in light of changing methods, technologies and student needs.
- an open-mindedness leading to a global perspective and a cross cultural understanding.
- the mastery of several languages, practised in a multilingual country.
- a global perspective on education blending with quality of life and Swiss hospitality for a positive learning experience.
- easy access to city activities, mountain sports and Europe's cultural centres.
- and last but not least the pleasure of life-lasting friendships with world citizens!

The environment of success! The 33 schools of the group "Global Education in Switzerland" are also members of the Swiss Federation of Private Schools SFPS (250 schools) and include some of the most famous and oldest in the country. The main concern of the group "Global Education in Switzerland" is the furtherance of the quality of the schools which belong to it. In Switzerland about 100000 pupils, students and apprentices, from a wide variety of regions within our country and from over one hundred other countries, are educated in private schools.

Students from Europe, North and South America, Asia, Russia, India, the Arabic States, Scandinavia and many other parts of the world enrol in Swiss boarding schools to benefit from an excellent, internationally recognised education. Indeed the range of possibilities offered in Swiss boarding schools is almost as diverse as the backgrounds of the students: besides the Swiss curriculum, one can choose between the official primary and secondary degrees of the US, UK, German, French and Italian curricula. Some schools also offer the International Baccalaureate program, a world-wide valid university qualification. Summer camps, language courses and a large choice of other educational offers complete the "menu" of Swiss private education.

Interested? Our official Advisory Office will gladly help you – free of charge – to find the appropriate Swiss private school for your educational needs. Documentation and information can be obtained at the following address: Advisory Office of the Swiss Federation of Private Schools, P.O. Box 1488, CH-1211 Geneva 1, Tel. +41 (0)848 88 41 51, Fax +41 (0)31 328 40 55, info@swiss-schools.ch, www.swiss-schools.ch.

*Artikel «Selling Switzerland Worldwide 2000/2001»,
Schweiz Tourismus*



P.P.
3011 Bern

Pestalozzianum
Bibliothek Zeitschriften
Beckenhofstrasse 31
8035 Zürich

Herbst- blätter!

**In der Lernstudio Herbst-
Post stellen wir unser
aktuelles Angebot an
Kursen vor – schulbeglei-
tend und in den Ferien.
Wir senden Ihnen die infor-
mative Broschüre gerne zu.**



Lernstudio Zürich
Die Privatschule nach Mass –
auch in Winterthur und Chur

Lernstudio Zürich AG
Schulleitung
Eidmattstrasse 38, 8032 Zürich
www.lernstudio.ch
Telefon 01/382 90 00
Fax 01/382 90 10



Unterrichten mit neuen Medien

Tagung an der ETH Zürich
vom 4. November 2000

*Wie geht man im Ausbildungsbereich
mit den Neuen Medien um?*

Welche Erfahrungen bestehen schon?

Die Tagung der ETH Zürich soll in kritischer Form eine Vorstellung darüber geben, wie Neue Medien im Unterricht verwendet werden können. Workshops vermitteln einen praktischen Bezug zum Unterricht. Die Tagung richtet sich insbesondere an Lehrerinnen und Lehrer, Dozentinnen und Dozenten, Seminarleiterinnen und Seminarleiter – Erfahrung mit Neuen Medien wird nicht vorausgesetzt.

Datum: Samstag, 4. November 2000

Zeit: 9.15 bis 16.00 Uhr

Ort: ETH Zürich, Auditorium Maximum

Kosten: Fr. 150.–

Information und Anmeldung:
Frau Beatrice Lüthi, NET, ETH Zürich
Sonneggstrasse 63, 8092 Zürich
Tel. 01 632 54 09, Fax 01 632 11 34
E-Mail: info@net.ethz.ch oder
<http://www.net.ethz.ch>